



Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1049/2012**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 14.08.2012

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Be -/1033
Verfasser/-in: Michael Janitzki, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Sport und Integration	22.08.2012	Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

Sozialer Wohnungsbau

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 13.08.2012 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, bis zur Sitzung am 19.12.2012

1. ein zentrales Leitbild zum sozialen Wohnen in Gießen - wie es das Koalitionspapier ankündigte - vorzulegen,
2. ein regionales Wohnraumversorgungssystem, das laut Koalitionspapier zusammen mit den Nachbarkommunen aufgebaut werden sollte, vorzulegen oder zumindest einen Bericht über die bisherigen Ergebnisse zu geben,
3. ein aktualisiertes Wohnraumversorgungskonzept mit Handlungsvorschlägen für Gießen vorzulegen.“

Begründung:

Die Notwendigkeit, auch in Gießen wieder neue, bezahlbare Sozialwohnungen zu schaffen, wird mehrfach bestätigt.

In der Anhörung zum Sozialen Wohnungsbau im November vorigen Jahres hier im Sitzungssaal haben mehrere Referenten den großen Bedarf in Gießen an bezahlbarem Wohnraum für Ein- und Zwei-Personen-Haushalte und für Senioren beschrieben. Der

Bestand von Wohnungen mit Sozialbindung ist in Gießen stark geschrumpft und sinkt jedes Jahr weiter.

Die in den letzten sechs Jahren in Gießen durch Umbau geschaffenen seniorenrechtlichen Sozialwohnungen sind z. B. für Hartz-IV-Empfänger nicht bezahlbar.

Wenn man die Ausschüttung der Wohnbau GmbH von jährlich gut 350 000 Euro einbezieht, hat die Stadt Gießen seit fast einem Jahrzehnt per Saldo nichts mehr für den Sozialen Wohnungsbau ausgegeben, sondern im Gegenteil daran verdient.

Die Streichung der Fehlbelegungsabgabe durch die Landesregierung, die in Gießen jährlich etwa 200 000 Euro ausmachte und für die Sanierung von Altbaubeständen verwendet wurde, wird die Probleme weiter verschärfen. Zumal der Magistrat bisher keinen Ersatz genannt hat.

Nach einer Studie werden in fünf Jahren im Landkreis fast 2000 Mietwohnungen fehlen. (G. Anz. v. 15. 6. 12)

Aus dem Jahr 2006 gibt es ein kommunales Wohnraumversorgungskonzept für Gießen, das allerdings nie verbindlich beschlossen wurde. 2009 wurde nur die Analyse des Wohnungsmarktes aktualisiert.

Deswegen ist ein für 2012 fortgeschriebenes Wohnraumversorgungskonzept mit konkreten Handlungsvorschlägen in Abstimmung mit dem Landkreis dringend erforderlich. Diese Notwendigkeit haben SPD und Grüne bei ihren Koalitionsverhandlungen auch gesehen. In ihrer Vereinbarung vom April 2011 ist dazu auf den Seiten 13 f. ein Abschnitt zu finden, aus dem die ersten beiden Punkte dieses Antrages übernommen wurden.

Michael Janitzki